

Ursachen und Folgen mangelnder Rechtssicherheit und hoher Kriminalitätsraten in Lateinamerika

Nolte, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Nolte, D. (2000). *Ursachen und Folgen mangelnder Rechtssicherheit und hoher Kriminalitätsraten in Lateinamerika*. (Brennpunkt Lateinamerika, 8). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444210>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 8

27. April 2000

ISSN 1437-6148

Ursachen und Folgen mangelnder Rechtssicherheit und hoher Kriminalitätsraten in Lateinamerika

Detlef Nolte

In vielen lateinamerikanischen Staaten ist der Rechtsfrieden nachhaltig gestört. Dies hat soziale, wirtschaftliche und politische Ursachen und Konsequenzen. Die mangelnde Rechtssicherheit hat mehrere Dimensionen: Sie betrifft einerseits die massive Verletzung von Rechtsgütern durch Straftäter, andererseits den mangelhaften Schutz oder gar die Verletzung der Rechte der Bürger durch den Staat und die Justiz sowie die Ungleichbehandlung der Bürger vor dem Gesetz. Sie untergräbt die demokratische Legitimation und ist in Teilen zugleich eine Folge demokratischer Defizite. Zwischen den durch die Rechtsunsicherheit induzierten negativen Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik bestehen Wechselbeziehungen, die sich zu einem circulus vitiosus verdichten können.

Anstieg der Gewaltkriminalität

In Lateinamerika war in den 90er Jahren ein deutlicher Anstieg der Kriminalität und in besonderer Weise der Gewaltkriminalität zu verzeichnen. Im Vorfeld des II. Gipfeltreffens der Regierungs- und Staatschefs Süd- und Nordamerikas in Santiago de Chile hatte die Zeitschrift „Newsweek“ in der Ausgabe vom 20. April 1998 ihre Leser auf die Lage in Lateinamerika eingestimmt: „In Lateinamerika kommen nun im Durchschnitt 30 Morde auf 100.000 Einwohner, sechs Mal so viele wie im Weltdurchschnitt, vier Mal so viele wie in den USA und doppelt so viele wie in Afrika oder im Mittleren Osten“. Und in der Zusammenfassung einer Studie der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank über die Gewalt in Lateinamerika vom August 1999

heißt es: „In Lateinamerika ist die Gewalt extensiv und sie hat immense Kosten. Die gebräuchlichsten Indikatoren illustrieren ihren Umfang: In der Region kommt es jedes Jahr zu 140.000 Morden; jeder Lateinamerikaner verliert aufgrund der Gewalt das Äquivalent von fast drei „Gesundheitstagen“ pro Jahr; 28 Millionen Familien werden in jedem Jahr Opfer eines Diebstahls oder Raubüberfalls, oder, um es noch drastischer auszudrücken, in jeder Minute werden 54 Familien ausgeraubt, nahezu jede Sekunde eine. Die Gewalt, egal mit welchem dieser Indikatoren man sie misst, ist in dieser Region fünfmal so hoch wie im Rest der Welt. Die Gewalt gegen Sachen und Personen entspricht einer Zerstörung und dem Transfer von Ressourcen von ungefähr 14,2% des lateinamerikanischen BIP Allein

der Transfer von Ressourcen, der zwischen den Opfern und den Straftätern stattfindet, beläuft sich auf 2,1% des BIP, ein höherer Prozentsatz als sämtliche durch die öffentlichen Finanzen bewirkten Umverteilungseffekte“ (Londoño/Guerrero 1999: 3). Zynisch könnte man konstatieren, dass sich hier ein konkurrierendes System – gewissermaßen eine privatisierte Version – zur staatlichen Redistributionspolitik etabliert hat. Es stellt sich allerdings die Frage – ähnlich wie beim staatlichen System der Umverteilung –, ob der Transfer immer von den Reichen zu den Armen stattfindet und ob dem Kriterium der Bedürftigkeit ausreichend Rechnung getragen wird.

Ein besonderes Merkmal der Kriminalität in Lateinamerika ist das Ausmaß der Gewaltkriminalität, einschließlich Tötungsdelikte. Zwar wies Lateinamerika nach Statistiken der Vereinten Nationen auch bereits in den 70er und 80er Jahren eine höhere Mordrate als andere Ländergruppen auf, der Abstand zu anderen Weltregionen wie Asien, Mittlerer Osten und Nordafrika und zu den reichen Ländern hat sich aber in den 90er Jahren vergrößert. Nach Angaben der Panamerikanischen Gesundheitsorganisation, für die die Gewalt und deren Folgen mittlerweile ein Problem der öffentlichen Gesundheit auf dem Kontinent darstellen, hat die Mordrate in Lateinamerika zwischen 1984 und 1994 um mehr als 40% zugenommen. Eine explorative Studie der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, basierend auf sechs Ländern, kam für das Jahr 1995 auf 30 Morde pro 100.000 Einwohner in Lateinamerika, doppelt so viele wie 1980. Es ist davon auszugehen, dass sich die Situation in der zweiten Hälfte der 90er Jahre nicht wesentlich verbessert, möglicherweise sogar verschlechtert hat. Für verschiedene lateinamerikanische Großstädte liegen neuere Daten vor, die auch auf beträchtliche Unterschiede in der Region verweisen. So entfielen auf jeweils 100.000 Einwohner an Mordopfern: in Cali 125 (1996), in San Salvador 85 (1996), in Rio de Janeiro 61 (1996), in Caracas 56 (1996), in Santiago de Chile 8 (1996) und zum Vergleich in Madrid 4 (1997).

Die bei weitem gewalttätigsten Länder in Lateinamerika sind Kolumbien, Guatemala und El Salvador (1997: 117 Morde auf 100.000 Einwohner). Im letztgenannten Land kamen in Friedenszeiten zeitweilig jährlich mehr Menschen gewaltsam ums Leben als während des Bürgerkrieges. Bei 7.000 Morden im Jahr 1996 kam es nur zu 415 Verhaftungen (6% der Fälle), und weniger als ein Viertel dieser Verhaftungen führten zu einer Verurteilung. In Kolumbien (1995:

80 Morde auf 100.000 Einwohner) ist Mord in der Altersgruppe der 15 bis 44-jährigen Männer mit einem Anteil von mehr als 60% die bei weitem häufigste Todesursache. Neben Mord haben auch andere Vergehen wie etwa Raub deutlich zugenommen. Als weiterer Trend ist in Lateinamerika ein drastischer Anstieg der Entführungen (gegen Lösegeld) zu verzeichnen. Mittlerweile entfällt die Hälfte aller weltweit verkauften Versicherungspolizen für Entführungen auf Lateinamerika.

Besonders gravierend stellt sich das Problem der Jugendkriminalität. Jugendliche, vor allem männliche Jugendliche, sind zu einem hohen Prozentsatz sowohl Täter als auch Opfer. In der ersten Hälfte der 90er Jahre entfielen in Lateinamerika und der Karibik fast 30% der Morde auf Heranwachsende (10-19 Jahre), bei einem Anteil von 20% dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung. In zehn von 21 Ländern in der Region war Mord die zweithäufigste Todesursache in dieser Altersgruppe.

In vielen lateinamerikanischen Großstädten stellen die Jugendbanden, deren Ausgangs- und Identifikationspunkt in der Regel ein bestimmtes Stadtviertel oder ein bestimmter Straßenzug ist, ein besonderes Sicherheitsproblem dar. Dies gilt vor allem, wenn sie wie etwa die brasilianischen *quadrilhas* in den Drogenhandel involviert sind, oder – wie im Falle Kolumbiens – sich jugendliche Auftragskiller (*sicarios*) häufig aus den Mitgliedern von Jugendbanden rekrutieren. Im Falle der besonders gewalttätigen *maras* in El Salvador kommt der nur kurz zurückliegenden Bürgerkriegserfahrung, aber auch der Deportationspolitik (u.a. straffällig gewordener Jugendlicher) der USA konfliktverschärfende Bedeutung zu. Für El Salvador konnte nachgewiesen werden, dass die Zugehörigkeit zu Jugendbanden eindeutig die Bereitschaft erhöht, Tötungsdelikte zu begehen.

Zu den Bedingungen für die Herausbildung von Jugendbanden gehören Armut und die damit zusammenhängenden Prozesse sozialer Desintegration (in den betreffenden Vierteln), wobei die jeweilige Ausprägung der Jugendbanden wie auch die zusätzlichen Entstehungsursachen von Land zu Land (teilweise auch von Stadt zu Stadt) sehr variieren. Die soziale Lage in Lateinamerika und die geringen Aussichten auf einen raschen und umfassenden wirtschaftlichen Aufschwung, der mehr Jugendlichen Arbeitsmöglichkeiten im formalen Wirtschaftssektor eröffnen würde, wie auch die gravierenden Defizite im Bildungswesen lassen befürchten, dass das Problem der Jugendbanden nicht an Virulenz verlieren wird.

Die Kriminalität wird von den Bürgerinnen und Bürgern Lateinamerikas mittlerweile als eines der zentralen Probleme in den betreffenden Ländern wahrgenommen. In einer Umfrage des „Latinobarómetro“ in 17 lateinamerikanischen Ländern waren 1997 80% der Befragten der Meinung, die Kriminalität habe zugenommen, zwei von fünf Befragten (in Venezuela und Mexiko sogar jeder zweite) äußerten, sie selbst oder ein Familienmitglied seien in den vergangenen

12 Monaten schon einmal angegriffen, überfallen oder Opfer eines Verbrechens gewesen. Andere länderspezifische Meinungsumfragen ergeben noch höhere Werte: In Lima/Peru äußerten 1997 in einer Umfrage 70% der Befragten, mindestens ein Familienmitglied sei in den vergangenen 12 Monaten Opfer eines Verbrechens (zumeist Raub oder Einbruch) gewesen, in El Salvador waren es in einer Umfrage im gleichen Jahr drei von fünf der Befragten.

Ergebnisse von Opferstudien (Viktimologie), basierend auf Umfragedaten, verweisen zwar – wie nicht anders zu erwarten – bei steigendem sozialen Status auf eine höhere Wahrscheinlichkeit, **Opfer** einer Straftat zu werden. Dies gilt auch, allerdings in geringerem Umfang für Länder, die eine besonders große Einkommensungleichheit aufweisen. D.h., in diesen Ländern entfällt ein wachsender Anteil der Opfer von Straftaten auf die armen Bevölkerungssegmente. Dies mag auf höhere private Ausgaben für Sicherheit in den wohlhabenderen Haushalten, eine stärkere Polizeipräsenz in diesen Stadtteilen und die konsequentere Verfolgung von Straftaten in diesen Bevölkerungsgruppen zurückzuführen sein. Insgesamt zeigt sich eine Tendenz, dass sich Verbrechen gegen das Eigentum stärker auf die wohlhabenderen Haushalte konzentrieren, Gewaltverbrechen (vor allem Mord) entfallen demgegenüber zu einem hohen Prozentsatz auf arme Haushalte. Empirische Studien zeigen, dass die Opfer von Gewaltverbrechen – wie auch die Täter – überdurchschnittlich aus der Unterschicht kommen.

Ursachen der hohen Kriminalitätsrate

Wo liegen die Ursachen für die im Vergleich mit anderen Weltregionen hohe Kriminalitätsrate in Lateinamerika? Zunächst einmal haben der soziale Umbruch und die Verelendungsprozesse der vergangenen beiden Dekaden destabilisierend auf die lateinamerikanischen Gesellschaften gewirkt und den Anstieg der Kriminalität begünstigt. Dies gilt insbesondere für Nachkriegsgesellschaften oder Gesellschaften, die sich noch im Bürgerkrieg befinden, in denen die Tötungshemmungen besonders niedrig sind.

Durch den internationalen **Drogenhandel** hat die Kriminalität eine zusätzliche Dimension erhalten. Vergleichende Untersuchungen zeigen, dass sich die Drogenproduktion und der Drogenhandel unmittelbar auf die Kriminalitätsraten auswirken. Fast alle lateinamerikanischen Staaten sind, ob als Produktionsstandorte, Transitländer oder logistische Basen (Chemikalien, Geldwäsche), in das Drogengeschäft eingebunden. Zumindest in diesem Bereich ist Lateinamerika eine aktive Einbindung in den Prozess der Globalisierung gelungen, werden komparative Vorteile genutzt – wenn auch in einem illegalen Wirtschaftszweig. Aufgrund der immer noch immensen Gewinne im Drogenhandel, der günstigen klimatischen Bedingungen für den Anbau bestimmter Pflanzen, der sozialen Gegensätze und mangels attraktiver Alternativen wird das Dro-

genproblem auf mittlere Sicht kaum an Virulenz verlieren. Eher werden durch den steigenden **Drogenkonsum** in Lateinamerika die negativen Auswirkungen zunehmen. In der Umfrage des „Latinobarómetro“ von 1997 sahen 70% der befragten Lateinamerikaner einen Anstieg des Drogenhandels in ihren Ländern. Der gleiche Prozentsatz stufte das Drogenproblem als ernstes Problem ein, und fast 80% der Befragten meinten, der Drogenkonsum habe in ihrem Land zugenommen. Die immensen Gewinne, die im Drogenhandel erzielt werden, begünstigen die Korrumpierung von Staat und Gesellschaft. In US-amerikanischen Schreckens- und Interventions-szenarien taucht deshalb immer häufiger der Begriff des „Narcostaates“ auf.

In Lateinamerika tut sich vielerorts ein Teufelskreis auf. Die wirtschaftliche Rezession und eine regressive Einkommensverteilung begünstigen den Anstieg der Kriminalität. Diese erzeugt hohe soziale und wirtschaftliche Kosten und beeinträchtigt die Aussichten für eine wirtschaftliche Erholung. Die wirtschaftliche Stagnation verschärft wiederum die sozialen Gegensätze und beschleunigt den Prozess gesellschaftlicher Desintegration. Studien der Weltbank und der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, die in der zweiten Hälfte der 90er Jahre abgeschlossen wurden, kommen zu folgenden Ergebnissen:

- Es besteht ein direkter statistischer Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Krimi-

nalität (Mord und Raub) und der **Einkommensverteilung**: Länder mit einer regressiven Einkommensverteilung weisen höhere Kriminalitätsraten auf als Länder mit einer egalitären Einkommensverteilung. Es ist deshalb kein Zufall, dass Lateinamerika im internationalen Vergleich sowohl die Region mit der regressivsten Einkommensverteilung ist als auch das mit der höchsten Mordrate. Die Kriminalitätsrate liegt um so niedriger, je höher der Einkommensanteil und das Einkommensniveau sind, die auf das ärmste Fünftel der Bevölkerung entfallen. Aber auch ein wachsender Anteil der mittleren Einkommensquintile (in Relation zur obersten Einkommenskategorie), d.h. der Mittelschichten, wirkt sich positiv auf die Reduktion der Kriminalitätsrate aus.

- Auch zwischen **Wirtschaftswachstum** und Kriminalität lässt sich ein statistischer Zusammenhang nachweisen. Ein niedriges Wirtschaftswachstum begünstigt den Anstieg der Kriminalitätsrate. Insofern leisten der wirtschaftliche Einbruch der 80er Jahre – der „verlorenen Dekade“ – und die hohe Volatilität des Wachstums in vielen Ländern Lateinamerikas in den 90er Jahren einen Beitrag zur Erklärung der kritischen Sicherheitslage in der Region; zumal bei einem Anstieg der Kriminalität mit einem Trägheitsmoment gerechnet werden muss, d.h. die Kriminalitäts-

rate bleibt zunächst hoch, auch wenn sich das Wirtschaftswachstum beschleunigt. Bei einem Wirtschaftswachstum, das mit steigender Einkommensungleichheit einhergeht, können die positiven Auswirkungen auf den Rückgang der Kriminalitätsrate neutralisiert werden, im Extremfall kann es sogar zu einem Anstieg der Kriminalität kommen.

- Verbrechen werden eher in Großstädten (von über 1 Million Einwohner) begangen. Das rasche **Wachstum der Großstädte** wirkt sozial desintegrierend, und die staatlichen Dienstleistungen im Bereich der Inneren Sicherheit (Polizei, Justiz) können mit dem Wachstum der urbanen Bevölkerung (80% in Lateinamerika) nicht Schritt halten. Dadurch verringert sich das Risiko der Straftäter, verhaftet und abgeurteilt zu werden. Insofern leisten der hohe Verstädterungsgrad und das schnelle Wachstum der Städte in der Region – unabhängig von anderen Faktoren – einen Beitrag zur Erklärung der im Vergleich mit anderen Weltregionen hohen Kriminalitätsrate in Lateinamerika.
- Auch zwischen **sozialem Kapital**, vor allem sozialem Vertrauen, und der Kriminalitätsrate (vor allem der Mordrate) lässt sich ein statistischer Zusammenhang nachweisen, unabhängig von den Wechselbeziehungen zwischen beiden Variablen.

Zu den **sozialen Folgen** von Gewalt und Kriminalität gehören mehr noch als die materiellen Kosten die Angst und die psychischen Nachwirkungen nicht nur bei den Opfern, sondern in der gesamten Gesellschaft. Diese Auswirkungen betreffen in Lateinamerika Gesellschaften, die bereits vor der aktuellen Gewaltwelle eine niedrige Kohäsion aufgewiesen haben. Kriminalität und Gewalt zerstören soziales Kapital und sind zugleich eine Folge geringer gesellschaftlicher Kohäsion. Soziales Kapital bezieht sich auf Merkmale sozialer Organisation, wie Netzwerke, Normen und soziales Vertrauen, die eine Abstimmung und Kooperation zum gegenseitigen Nutzen erleichtern. Die Gewalt und Kriminalität verringern das interpersonelle Vertrauen und die Zusammenarbeit in formalen und informalen sozialen Organisation. Das im internationalen Vergleich geringe interpersonelle Vertrauen in Lateinamerika könnte in einem Klima der Angst vor der Kriminalität weiter abnehmen. Nach Daten des „Latinobarómetro“ äußerten 1997 und 1998 jeweils nur ein Fünftel der befragten Südamerikaner Vertrauen in ihre Mitbürger, in Zentralamerika waren es 29% und in Mexiko – als große Ausnahme – immerhin 43%.

- Schwieriger erweist sich der Nachweis eines (linearen) statistischen Zusammenhangs zwischen dem **Bildungsniveau** und der Kriminalität, obgleich ein hohes Bildungsniveau tendenziell mit einer geringeren Kriminalitätsrate einherzugehen scheint. Ein Anstieg des

Bildungsniveaus bei gleichbleibend regressiver oder sich sogar verschlechternder Einkommensverteilung kann allerdings einen Anstieg der Kriminalitätsrate begünstigen.

- Die geringe **Effizienz von Polizei und Justiz** sowie das **geringe Vertrauen**, das die Bür-

ger in Lateinamerika zu Recht beiden Institutionen entgegenbringen, sind Faktoren, die das Risikokalkül potentieller Straftäter beeinflussen und sich negativ auf die Kriminalitätsrate auswirken. Dies gilt vor allem bei geringen Aufklärungs- und Verurteilungsraten, wie sie für Lateinamerika typisch sind. In Argentinien lag beispielsweise die Aburteilungsraten in Bezug auf alle registrierten Verbrechen in den 90er Jahren unter 4%.

- Die **Verbreitung von Handfeuerwaffen** erhöht das Risiko von Gewaltverbrechen. Dies gilt vor allem für die Täter, teilweise auch für die Opfer, und erklärt neben anderen Faktoren, warum sich gerade Gesellschaften nach Bürgerkriegen, in denen sich eine große Zahl Kleinwaffen im Umlauf befindet, durch ein hohes Ausmaß von Gewaltkriminalität auszeichnen.

Wirtschaftliche und politische Folgen von Gewalt und Kriminalität

Zu den **wirtschaftlichen Kosten** der Kriminalität gehören die Verluste an Menschenleben, der Arbeitsausfall bei Opfern von Gewaltverbrechen, die Kosten für Heilung und Rehabilitation, der Verlust oder die Zerstörung von privaten und öffentlichen Sachwerten, die Kosten für Polizei, Gerichte, der Unterhalt von Gefängnissen, die Aufwendungen für die private Sicherheit, die Rückwirkungen auf die Entwicklung von Humankapital (Stichwort: Jugendkriminalität) etc. Sehr viel schwieriger als diese Kosten sind die finanziellen Auswirkungen unternehmerischer oder anderer ökonomischer „*non-decisions*“ aufgrund der Sicherheitslage, wie der Verzicht auf Investitionen oder Konsum, die Beeinflussung von Aus- und Fortbildungsmaßnahmen (z.B. der verminderte Schulbesuch von Kindern in Problemvierteln oder der Verzicht auf die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen zu bestimmten Tageszeiten) zahlenmäßig zu erfassen. Schätzungen über die ökonomischen Kosten der Kriminalität sind deshalb äußerst schwierig und beschränken sich meist auf Aspekte für die bereits Daten vorliegen oder einfach zu ermitteln sind.

Nach Studien der Weltbank und der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank belaufen sich die Kosten der Kriminalität auf einen Wert, der im lateinamerikanischen Durchschnitt – je nach Berechnungsgrundlage – zwischen 7,5% und 14% des BIP liegt (zum Vergleich: USA 3,7%). Für Kolumbien und El Salvador wurden sogar Kosten in Höhe von 25% des BIP errechnet.

Diese Zahlen besagen allerdings nicht, dass die betreffenden Volkswirtschaften ohne Gewalt und Kriminalität zusätzlich in dem genannten Umfang gewachsen wären (schließlich wird durch die hohe Kriminalität erst eine Nachfrage für bestimmte Dienstleistungen erzeugt). Für Kolumbien liegen allerdings für Mitte der 90er Jahre Berechnungen vor, nach denen der Andenstaat ohne die Kosten, die durch Gewalt und Kriminalität der vorausgegangenen Jahre entstanden sind, ein um ein Drittel höheres BIP aufweisen würde.

Gewalt und Kriminalität untergraben die **Legitimität der Regierungen** (durch negative Leistungen im Sicherheitsbereich und die Notwendigkeit, finanzielle Ressourcen von anderen staatlichen Aufgaben abzuziehen). In vielen lateinamerikanischen Ländern kann der Staat nur noch sehr beschränkt seiner Aufgabe nachkommen, Leben, körperliche Unversehrtheit und Besitz seiner Bürger zu schützen. Dies schränkt die Lebensqualität der Bürger ein und schafft ein neues soziales Gefälle, was den staatlichen und privaten Schutz vor Gewalttättern betrifft, bei einer insgesamt wachsenden Bereitschaft der Bürger, Maßnahmen zur Selbstverteidigung (Erwerb von Waffen etc.) zu ergreifen. Zugleich wird der Schutz von Eigentum und Leben zunehmend privatisiert, d.h., die Wohlhabenden können sich ein Mehr an Schutz durch private Sicherheitsdienste erkaufen, in manchen Armenvierteln ist die Polizei demgegenüber gar nicht mehr präsent. Die privaten Sicherheitsdienste expandieren und verfügen in vielen Staaten der Region mittlerweile über mehr Personal als die Polizei. Die Polizei ist in den meisten Ländern darüber hinaus schlecht ausgerüstet, unterbezahlt und wegen ihrer Übergriffe gefürchtet. Nach einer vergleichenden Studie der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank waren die Ausgaben für private Sicherheitsdienste Mitte der 90er Jahre im lateinamerikanischen Durchschnitt mit 1,4% des BIP höher als die Aufwendungen für öffentliche Sicherheit (ohne Justiz), die sich auf 1,1% des BIP beliefen.

Welche politischen Folgen sich aus dem Anstieg der Kriminalität und dem Gefühl permanenter Angst ergeben, ist nur in Ansätzen abzusehen. So könnte beispielsweise der Ruf nach der starken Hand zur Bewältigung des Kriminalitätsproblems in Lateinamerika mit seiner Tradition autoritärer Herrschaft, mangelnder Gewaltenteilung und -kontrolle sowie einem unzureichenden Schutz der Bürgerrechte gefährliche Entwicklungen heraufbeschwören. Im „Latinobarómetro“ von 1995 sprach sich in allen Ländern ein hoher

Prozentsatz der Bevölkerung (63% in Chile, 78% in Venezuela) für ein bisschen Politik der harten Hand („*un poco de mano dura*“) aus. Meinungsumfragen aus einzelnen Ländern zeigen, wie ein wachsendes Gefühl der Unsicherheit mit einer größeren Skepsis gegenüber der Politik und der Demokratie einhergeht. Andere Meinungsumfragen dokumentieren in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern eine wachsende Toleranz gegenüber Aktionen der Selbstjustiz und Übergriffen der Polizei.

Rechtsstaatliche Defizite

Die Kriminalität und ihre Folgen sind nur ein Aspekt, vielleicht der dramatischste, der Rechtsunsicherheit. Durch die Kriminalität werden Grundrechte der Bürger – das Recht auf Leben, körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Eigentum – direkt tangiert. Indirekt werden aufgrund der durch die hohe Kriminalitätsrate induzierten Verhaltensänderungen auch die persönlichen Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf spezifische Aspekte der Lebensgestaltung eingeschränkt.

Ein zusätzlicher Aspekt der Rechtsunsicherheit gründet in der unterschiedlichen Durchsetzung des Rechts und der unterschiedlichen Behandlung der Bürger durch den Staat, vor allem durch Justiz und Polizei. Während die in weiten Bereichen vorherrschende **Straflosigkeit** bei kriminellen Vergehen den Rechtsstaat „von unten“ bedroht, wird er durch das Fehlverhalten von staatlichen Organen – einschließlich der

Justiz – „von oben“ ausgehöhlt, mit unmittelbaren Folgen für die Qualität der demokratischen Systeme. In der Umfrage des „Latinobarómetro“ von 1996 war den Lateinamerikanern die Frage gestellt worden, ob es ihrem Land Gleichheit vor dem Gesetz gebe. Drei von vier Südamerikanern und Mexikanern verneinten dies, in Argentinien und Brasilien waren es sogar 9 von 10 Befragten.

Die langen oder häufigen Phasen autoritärer Herrschaft haben in Lateinamerika keinen starken Rechtsstaat entstehen lassen. Das Recht war in Lateinamerika traditionell ein Werkzeug des Staates und der Regierungen, um ihre Untertanen und politischen Gegner unter Kontrolle zu halten, und weniger ein Instrument für die Bürger, den Staat und die jeweiligen Amtsinhaber zu kontrollieren und die Bürger gegenüber möglichen Übergriffen der Politik und der staatlichen Verwaltung (einschließlich der Polizei) zu schützen. Dem ehemaligen brasilianischen Präsidenten *Getúlio Vargas* wird der Satz zugeschrieben: „Für meine Freunde, was immer sie wollen, für meine Feinde das Gesetz.“

Die rechtsstaatlichen Defizite oder die mangelnde rechtsstaatliche Unterfütterung gehören zu den Grundproblemen der Demokratie in Lateinamerika. Die Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie sind in Lateinamerika nicht synchron verlaufen. Die Demokratie benötigt aber zu ihrer dauerhaften Absicherung den Rechtsstaat. Denn politische Rechte und Bürgerrechte sind nur solange wirksam, wie sie durch ein effizientes Rechtssystem geschützt werden.

In vielen lateinamerikanischen Staaten wurden die politischen Freiheitsrechte in einem politischen und sozialen Umfeld verankert, in dem die bürgerlichen Grundrechte nicht ausreichend geschützt bzw. in ihrer Anwendung auf bestimmte Gesellschaftssegmente begrenzt waren. Der argentinische Politikwissenschaftler **Guillermo O'Donnell** hatte bereits Anfang der 90er Jahre in prägnanter Weise darauf hingewiesen, dass in vielen lateinamerikanischen Ländern zwar die politischen Voraussetzungen (Grundrechte) und die partizipatorischen Rechte einer pluralistischen Demokratie respektiert werden, aber andere Komponenten der Demokratie systematisch verletzt würden, d.h. „wir befinden uns in einer Situation, in der man frei wählen kann und der Prozess der Stimmauszählung transparent ist, aber in denen man keine korrekte Behandlung durch Polizei und Justiz erwarten kann“.

O'Donnell, Guillermo, 1994: On the State, Democratization and Some Conceptual Problems (A Latin American View with Glances at Some Postcommunist Countries), in: William C. Smith/Carlos H. Acuña/ Gamarra, Eduardo A. (eds.), Latin American Political Economy in the Age of Neoliberal Reform. Theoretical and Comparative Perspectives for the 1990s, New Brunswick/London, 157-180. (166-167)

Rechtsstaatliche Mängel zeigen sich in unterschiedlichen Bereichen: in der Gesetzgebung selbst (falls sie Minderheiten diskriminiert oder dem Gleichheitsgrundsatz widerspricht), in der Anwendung der Gesetze, im Verhalten der staat-

lichen Bürokratie gegenüber dem einfachen Bürger, im Zugang zur Justiz und der Chance eines fairen Verfahrens sowie durch die **Existenz rechtsfreier Räume** (im geographischen Sinn). Gerade dem letzten Aspekt kommt in Lateiname-

rika wachsende Bedeutung zu: Es handelt sich dabei um Gebiete, die sowohl in abgelegenen Landesteilen als auch in den großen Städten liegen können, in denen die Staatsgewalt *de facto* nicht präsent ist, weder durch Polizeikräfte noch durch eine ausreichende Ahndung von Rechtsvergehen, und in denen zuweilen andere Akteure (kriminelle Banden, Guerillagruppen, paramilitärische Gruppen) als Ordnungsmacht wirken. Oder es handelt sich um Regionen, in denen die Justiz und die staatliche Verwaltung von gesellschaftlichen Akteuren für private Interessen kolonisiert werden.

Krise der Justiz

Es mag vor diesem Hintergrund nicht verwundern, dass die „dritte Gewalt“, d.h. die Justiz, in den 90er Jahren in nahezu allen lateinamerikanischen Ländern in die Kritik der öffentlichen und veröffentlichten Meinung geraten ist. Sie gilt als korruptionsanfällig, willfährig gegenüber politischer Einflussnahme, ineffizient, für breite und sozial schwache Gesellschaftsschichten schwer zugänglich und gegenüber den Mächtigen der Gesellschaft als allzu nachsichtig. Noch 1998 erklärte ein argentinischer Unternehmer, der unter

In einer 1998 veröffentlichten Studie zu den „*fault lines*“ der Demokratie in Lateinamerika heißt es zum Thema Justiz: „Die bestehenden Justizsysteme sind weder unabhängig noch effizient. Mit wenigen Ausnahmen haben sie dabei versagt, sicherzustellen, dass die Bürger angemessen in den Genuss ihrer verfassungsmäßigen Rechte kommen. Sie haben unter der politischen Manipulation sowohl ziviler als auch militärischer Regierungen gelitten, und es ermangelte ihnen an ausreichenden Finanzmitteln, um ihre Funktionen effizient zu erfüllen. Die politische Stellung der Richter gegenüber der Regierung war immer sehr schwach gewesen. Darüber hinaus sind zeitliche Verzögerungen und Korruption in vielen lateinamerikanischen Judikativen an der Tagesordnung, und die Justiz ist nicht für alle zugänglich, die dem Recht Geltung verschaffen wollen.“

Frühling, Hugo, 1998: Judicial Reform and Democratization in Latin America, in: Felipe Aguero/Jeffrey Stark (Hrsg.), *Fault Lines of Democracy in Post-Transition Latin America*, Boulder, CO, 237-262 (237).

In einer anderen, im gleichen Jahr veröffentlichten Studie über die Justiz und Justizreformen in Lateinamerika schreibt die Autorin, eine Expertin mit langjährigen Erfahrungen mit Rechtsreformprogrammen in Lateinamerika: „Es gibt eine Vielzahl von Ländern, in denen Polizisten als Banditen mit Dienstmarke wahrgenommen werden, in denen die Richter weniger wissen als Studierende einer guten Universität im ersten Studienjahr (was an sich nicht von Bedeutung sein muss, da ihre Entscheidungen gewöhnlich von korrupten Justizangestellten vorbereitet werden), die Gesetze selbst Menschenrechtsverletzungen oder auch nur Verstöße gegen seriöse Geschäftspraktiken enthalten, und der beste Weg mit der Justiz umzugehen darin besteht, sie zu meiden. Gibt es diese Möglichkeit nicht, besteht die zweitbeste Lösung darin sich freizukaufen, und viele erfolgreiche Anwälte haben sich darauf spezialisiert, ihren Klienten dabei zu helfen, gerade dies zu tun“.

Hammergren, Linn A., 1998: *The Politics of Justice and Justice Reform in Latin America. The Peruvian Case in Comparative Perspective*, Boulder/Co, 20.

dem Verdacht stand, eine kriminelle Vereinigung zu leiten und Anstifter für die Ermordung eines kritischen Journalisten zu sein, und der über beste Beziehungen in die Politik verfügte, in aller Öffentlichkeit: „Macht bedeutet Straflosigkeit“.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass in Meinungsumfragen der Justiz in vielen Ländern nur ein begrenztes Vertrauen entgegengebracht: Viel oder etwas Vertrauen in die Justiz äußerten beispielsweise nach Daten des „Latinobarómetro“ von 1998 in Peru nur 17%, in Argentinien 19%, in Ekuador 22% und in Nikaragua 24%. Allerdings gibt es auch Ausnahmen, wie

etwa Costa Rica, Uruguay oder Brasilien, in denen die Justiz deutlich höhere Vertrauenswerte aufweist, und im allgemeinen werden auch die Exekutive und die Legislative nicht besser, zuweilen sogar schlechter beurteilt. Die Unzufriedenheit mit der Justiz, für die die Regierungen häufig mitverantwortlich sind und die sie gleichzeitig als Rechtfertigung für mehr politische Kontrolle heranziehen, ist somit Teil der generellen Unzufriedenheit mit der Funktionsweise der staatlichen Institutionen in Lateinamerika, sie kann aber nicht gänzlich unter die allgemeine Staatsverdrossenheit subsumiert werden.

Ein zentrales Element der Kritik an der Justiz betrifft deren nur **unzureichende** oder gar nicht vorhandene **Unabhängigkeit von der Politik**. Eine der Forderungen bei Reformen der Justiz bezieht sich deshalb auf eine größere politische Unabhängigkeit. Dabei kommt drei Aspekten Bedeutung zu:

- den Ernennungsverfahren für Richter und Staatsanwälte;
- dem Laufbahnsystem, soweit vorhanden, und hier vor allem der Amtsdauer;
- der Höhe der Entlohnung der Richter und der adäquaten Finanzierung (einschließlich der Verwaltung der Finanzmittel) des gesamten Rechtssystems (auch im Hinblick auf die Korruptionsrisiken).

Politische Erfahrungen mit Reformen, die auf eine größere politische Unabhängigkeit der Justiz – vor allem hinsichtlich der Ernennungspraxis – abzielten, zeigen:

- Politische und auch ökonomische Unabhängigkeit ohne ausreichende interne Reformen kann traditionelle Defekte (jetzt bei geringerer externer Kontrolle) verstärken.
- Häufig kam es zu einem Wechsel in der Abhängigkeit von einer der regierenden Partei, zu politischen Quotierungssystemen bzw. der Ausnutzung der neuen Unabhängigkeit durch die amtierenden Regierungen, um personalpolitische Entscheidungen über ihre Amtszeit hinaus zu zementieren.
- Eine größere politische Unabhängigkeit der Justiz sollte nicht mit politischer Neutralität verwechselt werden. Eine politisch unabhängige Justiz ist im Extremfall ein weiterer politischer Akteur. Insofern spricht vieles für Ernennungsmechanismen für die Richter an den Obersten Gerichten, die eine gewisse Rückkopplung der Justiz an politische und gesellschaftliche Veränderungen zu garantieren versprechen.

Die Schwäche der Justiz und der Mangel an politischen Kontrollmechanismen begünstigen ein weiteres Grundübel Lateinamerikas, die Korruption. Nach den Daten von *Transparency International* lagen 1999 unter 99 berücksichtigten Ländern nur zwei lateinamerikanische im oberen Drittel der Staaten mit wenig Korruption (Chile auf Platz 19 und Costa Rica auf Platz 32), sechs lateinamerikanische und karibische Staaten befinden sich im mittleren Drittel, und die Mehrzahl von neun lateinamerikanischen Staaten entfiel auf das hintere Drittel der korruptesten Länder in der Welt (siehe Tabelle 1 in *Brennpunkt Lateinamerika* 06-2000, S. 52).

Bestimmte interne Organisationsmerkmale der lateinamerikanischen Justiz waren oder sind der Korruption besonders förderlich. Dazu gehören:

- die starke Konzentration unterschiedlicher organisatorischer Funktionen (rechtsprechender, verwaltungstechnischer, finanzieller, disziplinarischer) in wenigen Personen;
- die große Zahl, Komplexität und mangelnde Transparenz der Verfahrensschritte (wie auch die Dominanz schriftlicher Verfahren); und
- die in der Öffentlichkeit, aber auch in Justizkreisen verbreitete Unsicherheit und Unkenntnis hinsichtlich der geltenden Gesetze und Rechtsverordnungen, der bisherigen Rechtsprechung und der vorherrschenden Rechtsdoktrinen.

Rechtsunsicherheit und Korruption: ein Standortfaktor?

Im Zeitalter der Globalisierung und wirtschaftlichen Außenöffnung gehen die Qualität der nationalen Rechtssysteme, aber auch die Kriminalität und die Korruption in die Risikokalkulation aus- und inländischer Unternehmen ein. Nach einem im *Global Competitiveness Report* von 1999 enthaltenen kombinierten Index der Gesetzlosigkeit, der auf einer Befragung von einheimischen Unternehmern und acht Indikatoren basiert, mit denen das Ausmaß von Korruption, der Steuerhinterziehung, Rechtsstaatlichkeit und Kriminalität erfasst werden, lagen zehn der 11 berücksichtigten lateinamerikanischen Länder – Ausnahme Chile – im hinteren Drittel. Auch in neueren Studien der Weltbank, die sich ihrerseits auf Unternehmerbefragungen und die Ergebnisse von Risikoanalysen beziehen, schneidet Lateinamerika im interregionalen Vergleich im Hinblick auf Rechtssicherheit, Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz sowie Korruption schlecht ab, wobei die Daten der Weltbank auf eine leichte Verbesserung der Situation in den 90er Jahren verweisen.

Außerdem wird die Justiz im Rahmen der weitverbreiteten Forderungen nach einer Verkleinerung und Effizienzsteigerung des Staates heutzutage auch nach wirtschaftlichen Effizienzkriterien bewertet. Im Extremfall gilt die Justiz

als wirtschaftliches Entwicklungshemmnis. Gravierende Mängel im Justizwesen erhöhen die wirtschaftlichen Transaktionskosten und beeinträchtigen die Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit wirtschaftspolitischer Entscheidungen.

Aus unternehmerischer Perspektive – auch von ausländischen Unternehmen – sind Defizite im Rechtssystem oder auch die hohe Kriminalitätsrate Faktoren, die in Rechnung zu stellen bzw. in die Kostenkalkulation einzubeziehen sind, die aber im Vergleich mit anderen marktbezogenen Faktoren eher eine nachgeordnete Rolle spielen. Große multinationale Konzerne müssen aufgrund ihrer ökonomischen und politischen Macht auf den Märkten in Lateinamerika juristische Probleme nicht fürchten, erfahrene mittelständische Unternehmen aus dem Ausland passen sich ihren lateinamerikanischen Partnern an – d.h., sie meiden so weit wie möglich die Justiz und setzen, wann immer dies möglich und unter Kostengesichtspunkten noch vertretbar ist, auf außergerichtliche Einigungs- und Schlichtungsmechanismen. Allerdings mag das schlechte Image der Justiz und die allgemeine Rechtsunsicherheit in Lateinamerika die Hemmschwelle für mittelständische Unternehmen, die neu in das Lateinamerikageschäft einsteigen wollen, erhöhen; zumal deren Latein-

amerikabild – dies gilt insbesondere für deutsche Unternehmen – immer noch von Militärdiktaturen und wirtschaftlicher Instabilität geprägt ist.

Reformen im Justizwesen und zur Stärkung des Rechtsstaates

Die Defekte der Justiz verteilten sich in ihren Auswirkungen traditionell ungleich auf die Gesellschaft. Die Reichen und Mächtigen konnten es sich häufig erlauben, die Justiz zu umgehen oder gegebenenfalls Nutzen aus ihren Mängeln zu ziehen. Für den Rest der Gesellschaft war sie eine Last oder eine unzugängliche öffentliche Dienstleistung. Oder wie es ein peruanischer Jurist ausdrückte: die Justiz war nie für die Reichen da, die sie nicht brauchten, noch für die Armen, die sie sich nicht leisten konnten. Letztere wurden auf diese Weise gleich doppelt benachteiligt, sie waren ökonomisch arm und gleichzeitig auch „juristisch“ als Rechtssubjekte arm. Beides zusammen stellt die Grundlagen der Demokratie in Frage, die nach ihren Grundprinzipien von einer Gemeinschaft eigenverantwortlicher und in ihren Grundrechten gleicher Subjekte ausgeht. Reformen der Justiz, die für mehr Effizienz, eine Gleichbehandlung vor dem Gesetz und einen besseren Zugang für die bisher

„Die Rechtspolitik ist von großer Relevanz für die Frage der **Regimelegitimierung und -konsolidierung**. Ohne wenigstens minimal wirksame Mechanismen der Rechtsstaatlichkeit werden zwei fundamentale Aufgaben verfassungsmäßiger Regierung nicht erfüllt: Erstens, den Staat im Hinblick auf Machtmissbrauch zu kontrollieren und die Regierung einer Kontrolle auf Transparenz, Verantwortlichkeit und Verfassungsmäßigkeit zu unterwerfen; und zweitens, die notwendigen Voraussetzungen für einen Mindestschutz der Rechte durch unparteiische, voraussehbare und zugängliche Rechtsmechanismen zu schaffen. Durch erstere werden die Grundlagen der verfassungsmäßigen Legitimität des Regimes gestärkt, und durch letztere die Verinnerlichung demokratischer Werte gefördert, weil ein Beitrag dazu geleistet wird, den Staatsbürger durch den Schutz seiner Rechte Wirklichkeit werden zu lassen.“

Domingo, Pilar, 1999: Judicial Independence and Judicial Reform in Latin America, in: Schedler, Andreas/Diamond, Larry/Plattner, Marc F. (Hg.), The Self-restraining State. Power and Accountability in New Democracies, Boulder/London, 151-176 (171).

benachteiligten Bevölkerungsgruppen zur Rechtsprechung sorgen, liegen insofern im Interesse der großen Mehrheit der Gesellschaft, die sich allerdings nur schwer dafür mobilisieren lässt. Sie leisten darüber hinaus einen Beitrag zur Stärkung und besseren Verankerung der Demokratie.

In vielen lateinamerikanischen Ländern sind in den 90er Jahren, teilweise bereits in den 80er Jahren Reformen im Justizbereich eingeleitet worden, die zu mehr Rechtsstaatlichkeit, zu einer

besseren Kontrolle der Inhaber politischer Ämter und zur weitergehenden Konsolidierung der Demokratie beitragen können. Dies gilt im Hinblick auf die Ernennungspraxis der Richter (größere politische Unabhängigkeit), die Stärkung der Verfassungsgerichte, den Schutz der Menschen- und Bürgerrechte (durch Menschenrechtsbeauftragte oder Ombudsmänner), die Stärkung und größere Unabhängigkeit der Wahlgerichte, die Reform des Strafrechts und der Strafprozessord-

nung, oder auch Ansätze zur besseren Kontrolle gegenüber der Korruption.

Darüber hinaus wurde das Thema von Internationalen Finanzorganisationen, wie der Weltbank und der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank, und in der bilateralen Kooperation aufgegriffen. So hat beispielsweise allein USAID zwischen 1985 und 1995 für Projekte zur Unterstützung von Rechtsreformen in Zentralamerika 200 Millionen US\$ aufgewendet. Diese externen finanziellen Anreize und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für Reformkoalitionen zwischen externen und internen Akteuren haben den Reformprozess in Lateinamerika ohne Zweifel gefördert.

Die Reformprozesse haben in vielen Ländern eine Eigendynamik entwickelt. Um dauerhafte Reformfolge zu sehen, braucht es allerdings einen langen Atem. Letztlich geht es nur auf den

ersten Blick um die Veränderung von Gesetzen und Institutionen. Für den langfristigen Erfolg wichtiger, aber auch zeitintensiver, sind Veränderungen von Einstellungen und Verhaltensweisen. Auch ein noch so großer Einsatz von Finanzmitteln und Beratern garantiert nicht den Erfolg von Rechtsreformprogrammen, vor allem falls die Regierungen keinen ausreichenden Reformwillen zeigen oder der Zeithorizont für wirksame Reformen übersehen wird. Darin liegt ein Grundproblem und Grundhemmnis bei Justizreformen: Die Justiz ist zugleich eine öffentliche Dienstleistungen wie auch ein politischer Machtfaktor. Justizreformen sind Reformen mit politischen Implikationen und Auswirkungen auf die politische Machtverteilung. Daraus erklären sich viele Widerstände oder Bestrebungen, den Justizreformen ein politisches Korsett anzulegen.

In einer rückblickenden Bewertung der Erfahrungen („*lessons learned*“) von **Rechtsreformprojekten** der Weltbank und von anderen Geberorganisationen (USAID, GTZ etc.) für die 90er Jahre lassen sich nicht nur für Lateinamerika folgende Ergebnisse festhalten:

- bei Rechtsreformen handelt es sich um langfristige Prozesse;
- der Reformprozess muss zunächst einmal in den Ländern selbst angestoßen werden, bevor sie wirkungsvoll von außen unterstützt werden können;
- die jeweiligen Regierungen, genauso wie die Legislative und die Judikative selbst müssen sich für den Reformprozess engagieren;
- eine vollständige Übernahme fremder Rechtssysteme ist nicht zu empfehlen;
- Justizreformen sind umfassende Reformen, die nicht allein den Justizsektor im engeren Sinn umfassen, sondern auch Akteure, auf deren Zusammenarbeit die Justiz angewiesen ist, wie etwa die Polizei, einbeziehen sollten;
- Justizreformen sind mit erheblichen Kosten verbunden, die von Anfang an bei der Planung in Rechnung zu stellen sind;
- Justizreformen haben eine politische Dimension, es geht um Macht und Machtkontrolle, die bei der Planung zu berücksichtigen sind.

Viele der Reformen im Justizbereich befanden sich Ende der 90er Jahre erst in einer Anfangsphase, andere wurden nur halbherzig durchgeführt oder haben sich in der politischen Praxis noch nicht durchsetzen können. Und es gab in den 90er Jahren weiterhin Bestrebungen, die Justiz politisch zu kontrollieren und/oder gleichzuschalten. In Peru hat sich Präsident Fujimori 1997 mit der einfachen Parlamentsmehrheit seiner Regierungspartei(en) der Mehrzahl der Verfassungsrichter entledigt (neue wurden nicht ernannt), die übrige Justiz wurde über die Ernennung provisorischer Richter weitgehend gleichgeschaltet, und es war nur ein logischer Schritt, dass sich Peru seit 1999 als einziges lateinameri-

kanisches Land (mit Ausnahme Kubas) weigert, die Rechtsprechung des Inter-Amerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte anzuerkennen.

Gleichwohl kommt den in Lateinamerika eingeleiteten Justizreformen große Bedeutung beim Abbau von Rechtsunsicherheit wie auch bei der Stärkung und Vertiefung der Demokratie zu. Ihr Ausgang bleibt aber ungewiss. Die schwierige soziale Lage, die schroffen sozialen Gegensätze und die rechtspolitische Tradition Lateinamerikas lassen in Hinblick auf ein Mehr an Rechtssicherheit und Rechtsstaatlichkeit keine raschen Erfolge erwarten; zumal die Bürger und Bürgerinnen bezüglich der Rechtsreformen widersprüchliche Erwartungen hegen. Soweit sie selbst

mit den Strafverfolgungsorganen konfrontiert werden, erwartet sie eine faire Behandlung und Respektierung ihrer Grundrechte. Zugleich erhoffen sie sich von einer Justizreform die effizientere Verfolgung von Straftaten (zuweilen auch auf Kosten rechtsstaatlicher Prinzipien).

Weiterführende Literatur:

Viele Publikationen der Weltbank oder der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank zum Thema Kriminalität, Gewalt und Gewaltprävention sind im Internet unter (www.worldbank.org; www.iadb.org) abrufbar. Siehe auch die Website der Sektion „Law and Society in Latin America“ der Latin American Studies Association (LASA) (<http://darkwing.uoregon.edu/~caguirre/lawandsociety.htm>)

Ahrens, Helen/Nolte, Detlef (Hg.), 1999: Rechtsreformen und Demokratieentwicklung in Lateinamerika, Frankfurt/M.

Ayres, Roberto, 1998: Crime and Violence as Development Issues in Latin America and the Caribbean (World Bank Latin American and Caribbean Studies. Viewpoints), Washington D.C.

Buscaglia, Edgardo, 1999: Judicial Corruption in Developing Countries: Its Causes and Economic Consequences (Hoover Institution. Essays in Public Policy), Stanford (<http://www.hoover.stanford.edu>)

CEPAL, 1999: Panorama Social 1998. Cap. VI: Agenda Social, Seguridad Ciudadana y Violencia, Santiago de Chile.

Fajnzylber, Pablo/Lederman, Daniel/Loayza, Norman, 1998: Determinants of Crime Rates in Latin America and the World (World Bank Latin American and Caribbean Studies. Viewpoints), Washington D.C.

Fajnzylber, Pablo/Lederman, Daniel/Loayza, Norman, 1999: Inequality and Violent Crime (World Bank. Regional

Studies Programm. Office of the Chief Economist, LAC region), Washington D.C.

Gaviria, Alejandro/Pagés, Carmen, 1999: Patterns of Crime Victimization in Latin America (IDB. Office of Chief Economist, Working Paper 408), Washington D.C.

Hammergren, Linn, 1998: Fifteen Years of Judicial Reform in Latin America: Where We Are and Why We Haven't Made More Progress (USAID Global Center for Democracy and Governance), Washington D.C. (siehe LASA-website "Law and Society in Latin America")

IDB (Inter-American Development Bank), 1999: Special Report: Judicial Reform, Washington D.C.

Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation Nr. 38 (Oktober 1998): Gewalt, Kriminalität und innere (Un-)sicherheit in Lateinamerika, Hamburg.

Londoño, Juan Luis/Guerrero, Rodrigo, 1999: Violencia en América Latina. Epidemiología y Costos (BID. Red de Centros de Investigación de la Oficina del Economista Jefe. Documento de Trabajo R-375), Washington D.C.

Méndez, Juan E./O'Donnell, Guillermo/Pinheiro, Paulo Sérgio (Hg.), 1999: The (Un-)Rule of Law & the Underprivileged in Latin America, Notre Dame.

Moser, Caroline/van Bronkhorst, Bernice, 1999: Youth Violence in Latin America and the Caribbean: Costs, Causes, and Interventions (World Bank LCR Sustainable Development Working Paper No. 3), Washington D.C.

Moser, Caroline/Lister, Sarah, 1999: Violence and Social Capital: Proceedings of the LCSES Seminar Series, 1997-98 (World Bank. Latin America and the Caribbean Region. Environmentally and Socially Sustainable Development), Washington D.C.

PAHO (Pan American Health Organization), 1999: Número especial sobre la violencia, Pan American Journal of Public Health Vol. 5, Nos. 4/5 April-May, Washington D.C.

World Bank. Legal and Judicial Reform Unit. Legal Department, 1999: Initiatives in Legal and Judicial Reform, Washington D.C. (november 1999)

Autorennotiz: Detlef Nolte, Dr.phil; wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Direktor am Institut für Iberoamerika-Kunde; Privatdozent für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg.
E-Mail: detlef_nolte@public.uni-hamburg.de

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ilse Heinbokel.

Bezugsbedingungen: DM 120,- p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); DM 90,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); DM 60,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von DM 30,- erhoben. Einzelausgaben kosten DM 6,00 (für Studierende DM 4,00). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.rz.uni-hamburg.de/IIK>